Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 16,800.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 115. Montag den 25. April 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch öffentlich bekannt,

1) daß alle in Leipzig wohnhaften Knaben, welche Ostern 1880 und 1881 aus einer der hiesigen Volksschulen entlassen worden sind, aber von einer höheren Schule abgegangen sind, ohne im letzteren Falle das 15. Lebensjahr vollendet und die Classe erreicht zu haben, welche diesem Alter nach dem Plane der Schule entspricht, zu dem Besuche der **Fortbildungsschule für Knaben** verpflichtet sind;
2) daß die Anmeldung derselben, wenn sie im Bezirk der I. Fortbildungsschule wohnhaft sind, bei Herrn Director Pülschmann, dafern sie sich aber im Bezirk der II. Fortbildungsschule aufhalten, bei Herrn Director Dr. Stoerl an den von genannten Herren öffentlich bekannt gemachten Tagen und Stunden zu erfolgen hat;
3) **daß auch diejenigen Knaben in genannter Zeit anzumelden sind, welche aus irgend einem Grunde von dem Besuche der städtischen Fortbildungsschule entbunden zu sein glauben;**
4) daß hier einziehende Knaben, welche Ostern 1879, 1880 und 1881 aus einer auswärtigen Volksschule entlassen worden sind, ebenfalls zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet und sofort, **spätestens aber binnen drei Tagen nach dem Einzuge** bei dem Director der Fortbildungsschule ihres Bezirks anzumelden sind;
5) daß Eltern, Lehrherren, Dienstherrschaften und Arbeitgeber bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 30 Mk., die im Falle der Nichterlegung in Haft umzuwandeln ist, **die schulpflichtigen Knaben zu dieser Anmeldung anzuhalten oder letztere selbst vorzunehmen haben.**

Leipzig, am 20. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lehnert.

Bekanntmachung.

Anher ergangener Verordnung zufolge wird zu Ausführung der von der trigonometrischen und topographischen Abtheilung der Landesaufnahme im Königreiche Preußen projectirten Vermessungen, welche innerhalb des sächsischen Staatsgebietes im Besonderen auch in Beobachtungen auf der Station Leipzig bestehen werden, von dem mit der Leitung dieser Arbeiten beauftragten Königl. preußischen Oberstlieutenant à la suite des Generalstabes, Herrn Schreiber, und von den demselben unterstehenden Dirigenten, Officieren, Trigonometern und Hülfstrigonometern das Gebiet des Königreichs Sachsen betreten und auf demselben die bezüglichen Arbeiten, welche Mitte des Monats April ihren Anfang nehmen sollen, vorgenommen werden.

Der unterzeichnete Rath der Stadt Leipzig bringt dies mit dem Ersuchen zur öffentlichen Kenntniß, die seitens gedachter Personen beanspruchte werdenden Hülfeleistungen, für welche Vergütung erfolgt, bereitwillig zu gewähren und überhaupt die Ausführung beregter Arbeiten thunlichst fördern zu helfen.

Es wird hierbei noch bemerkt, daß die betreffenden Personen durch offene Ordre legitimirt sein werden.

Leipzig, am 14. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Auctions-Bekanntmachung.

Den 27. und 28. April 1881,

von je Vormittags 9—12 und Nachmittags 3—6 Uhr sollen in der Pfandniederlage des unterzeichneten Rathes, **Gerberstraße Nr. 10, Hof 1. Etage,** verschiedene abgepfändete Gegenstände, als:

17 Blöcke Tuch, 1 kleine Drehbank, Schreib- und Kleidersecretaire, Sophas, Spiegel, Commoden, Schreibepulte, Küchenschränke, Regulateure, Wand- und Taschenuhren, 1 größere Partie Kleidungsstücke, alte und neue Koffer, 1 goldene Savonetuhr mit goldener Kette, mehrere goldene Ringe 2c. 2c.

an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 30. März 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Müller.

Bekanntmachung,

die Arbeitsnachweisungs-Anstalt und deren Filialen betreffend.

Durch das freundliche Entgegenkommen der Herren Kaufleute

C. Hohlfeld, Ranstädter Steinweg 11,
H. Unruh, Weststraße 17,
C. Bachmann, Ritterstraße 32,
Gebrüder Spillner, Windmühlenstraße 30,

sind wir seit Februar dieses Jahres in den Stand gesetzt worden, neben der Mühlgasse Nr. 7 im Hofe befindlichen Centralstelle unserer Arbeitsnachweisungs-Anstalt an den genannten Orten Annahmestellen für Arbeitsangebote zu errichten, und haben sich die genannten Herren der damit verbundenen Mühe und Arbeit bisher dankenswerth unterzogen. Wir haben aber auch weiter das freundliche Entgegenkommen der Herren Kaufleute

Louis Apitzsch, Ecke des Grimmaischen Steinwegs und der Querstraße,

und

H. O. Reichert, Neumarkt 42,

bewegt und auch an diesen Orten Annahmestellen für Arbeitsangebote von jetzt ab errichtet.

An unsere Mitbürger richten wir aber wiederum die dringende Bitte, uns durch recht ausgiebige Benutzung der von uns getroffenen Einrichtung in den Stand zu setzen, unsere schon früher ausgesprochene Ansicht, daß es besser ist, den Armen Arbeit als Almosen zu geben, zur Thatsache zu machen.

Leipzig, am 29. März 1881.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf.

Geschäftslocal-Vermiethung.

Die zeither an die Herren R. Hösel & Co. in Chemnitz vermietheten **Geschäftslocalitäten** im **Stockhause,** Ecke des Naschmarktes und Salzgäßchens, bestehend aus 2 Gewölben im Erdgeschoß, sowie einem Vorsaale und einer dreifensterigen Eckstube im ersten Stock, welche mit Gasbeleuchtung versehen sind, sollen **von Michaelis d. J. an gegen halbjährliche Kündigung** an den Meistbietenden anderweit **vermiethet** werden, wozu wir Versteigerungstermin an Rathsstelle (Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 16) auf

Montag, den 2. Mai dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr

anberaumen.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 22. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Verpachtung von Gartenplätzen.

Auf der dem Johannishospitale gehörigen, **am Täubchenwege** gelegenen **Parcelle Nr. 301** der **Flur Neuduitz** können noch **mehrere Gartenplätze** abgegeben werden und ist Näheres darüber bei unserer **Oekonomie-Inspection** (im alten Johannishospitale, Hospitalstraße 2b) zu erfahren.

Leipzig, den 21. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stég.

Zu genauer Nachachtung bringen wir hierdurch die Vorschriften:

daß jeder zukommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft, und wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am andern Tage Vormittags von seinem Wirthe bei unserem Fremden-Bureau anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, Anmeldeschein zu lösen haben.

in Erinnerung und bemerken, daß Vernachlässigungen derselben mit einer Geldbuße von 15 Mark oder verhältnißmäßiger Haftstrafe geahndet werden würden.

Leipzig, am 23. April 1881.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Taeguer, S.

Realschule II. Ordnung.

Montag, den 25. April, früh 8 Uhr: **zweite Aufnahmeprüfung.**
Dienstag, den 26. April, früh 8 Uhr: **Aufnahmeclevertichkeit und Einführung aller Schüler** in ihre neuen Classen. Nachmittags 2 Uhr Beginn des Unterrichts.

Dr. Pfaff.

Zweite Bürgerschule.

Die Aufnahme der für die 4. Classe angemeldeten Schüler und Schülerinnen findet **Montag, den 25. April, Nachmittags 2 Uhr** im Schulsaale statt.

A. Biedhorn, Director.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 25. April.

Ueber den Ministerwechsel in Baden wird uns geschrieben: Die Veränderung im badischen Ministerium wird in ganz Deutschland ein nicht geringes Aufsehen erregt haben. Und sie verdient Das vollkommen. Die liberale Aera, welche in Baden seit 1860 geherrscht, war in den letzten Jahren in eine Art Krise gerathen. Das Ministerium Turban, welches im Herbst 1876 an die Stelle des Ministeriums Jolly getreten, hatte die Fortführung der Geschäfte in dem bisherigen Geiste versprechen, und niemals hat Jemand daran gezweifelt, daß es dem an der Spitze stehenden Minister mit diesem Versprechen Ernst gewesen. Aber sein College vom Ministerium des Innern, Herr Stößer, hielt für gut, sich zu der liberalen Mehrheit der Volksvertretung von vornherein in einen gewissen Gegensatz zu setzen. Auf dem letzten Landtage, im Winter 1879—80, führte der Conflict dann zum entschiedenen Bruche. Schon vorher, bei den Landtagswahlen vom Herbst 1879, hatte Herr Stößer die Liberalen durch seine notorische Bekämpfung ihres thatsächlichen Führers herausgefordert. Während des Landtags selbst sodann gab er der Kammer auch in sachlicher Beziehung genug Gelegenheit zum Angriff. Namentlich die Weise, wie er mit der Freiburger Curie die Verhandlungen über die Beilegung des Examenstreites führte, war ein schwerer Fehler; statt in dem Tone des Mannes zu sprechen, der Gnade für Recht ergehen läßt, erschien er vor dem Erzbischofsverweser wie ein Bittender, der Abbitte stammelt. Das unzweideutige Mißtrauensvotum, mit welchem ihn die Zweite Kammer kurz vor Schluß des Landtags bedachte, war nach solchen Leistungen wohlverdient. Freilich blieb dasselbe einstweilen ohne den gewünschten Erfolg. Möglich, daß der Großherzog den Schein vermeiden wollte, als ob er sich in seinem Urtheil über die Brauchbarkeit eines Ministers durch einen parlamentarischen Coup bestimmen ließe. Herr Stößer aber scheint in der Ablehnung seines Rücktritts eine directe Gutheißung seines Thuns gefunden zu haben, die ihn zu weiteren Schritten ermuthigte. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe er ein wenig Bismarck copiren wollen. So mit seinem Versuche bei den letzten Landtagswahlen, eine Partei Stößer zu bilden, besonders aber mit seiner Behandlung der Presse, nur daß er in diesem Puncte Dasjenige, was in Preußen an Beeinflussung mittels Androhung von Annoncenentziehung geleistet wird, verhältnißmäßig noch bedeutend überboten hat. Sein Preßerlaß vom letzten Winter, durch welchen ungefähr drei Viertel aller politischen Blätter in Baden in seine Hand gegeben wurden, ist auch der letzte Anlaß gewesen, der die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt hat. Seitdem war es ziemlich still von seiner Thätigkeit. Und mitten in dieser Stille ist er gefallen. Mit ihm der Leiter des Justizdepartements, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Grimm, ein tüchtiger Jurist, der aber wohl auf dem Ministerposten niemals recht am Platze war. An seine Stelle tritt der Director des Oberschulrathes, Nokk, der zugleich die bisher mit dem Ministerium des Innern verbunden gewesenen Angelegenheiten des Cultus und Unterrichts übernimmt, während das eigentliche Ministerium des Innern auf den Präsidenten des Staatsministeriums, Turban, übergeht. Nokk, ein feingebildeter, geistvoller Mann von liebenswürdigem Wesen, gilt seit lange als einer der tüchtigsten, badischen Beamten und hat sich als Mitglied der Zweiten Kammer stets ehrlich liberal gezeigt. Turban und der Finanzminister Ellstätter besitzen ohnehin das Vertrauen der Volksvertretung. Die letztere hat somit allen Grund, mit dem Wechsel zufrieden zu sein, um so mehr, als gleichzeitig durch die Aufhebung des Handelsministeriums ihr auf dem letzten Landtage ausgesprochener Wunsch nach Vereinfachung der Centralverwaltung erfüllt wird. Einen herben Schlag dagegen erleiden die Ultramontanen und das conservative Streberthum, welche hinter Herrn Stößer bereits ihre Zeit heraufziehen zu sehen glaubten. Die liberale Aera in Baden hat ihre Krise überstanden, sie ist von Neuem befestigt. Vielleicht wirkt diese Thatsache auch anderwärts in Deutschland ein wenig ernüchternd auf die reactionären Zukunftsträume.

Ein Berliner Brief der hochofficiösen „Politischen Correspondenz" betont die Nothwendigkeit des Zusammengehens der preußisch-deutschen Regierung mit den Mittelparteien. Diese Stimme verdient insofern Beachtung, als die officiöse Presse sich seit langer Zeit in der Rolle gefallen hat, die Mittelparteien zu bekämpfen und von dem Reichskanzler fern zu halten. Die „Politische Correspondenz" ist der Ansicht, daß bei den Wahlen sich alle schwebenden Fragen der inneren Politik in die Formel zusammenfassen lassen: „für oder wider Bismarck".

Aber selbst diese Formel — schreibt das officiöse Blatt — verbürgt nicht die Herstellung einer übereinstimmenden Majorität. Auch die Reaction schillert bei uns in hundert Farben, mit anderen Worten: die Liebhaber überlebter Staats- und Gesellschaftsbildungen haben hundert verschiedene Geschmacksrichtungen. Wenn sie sich wirklich alle der Formel „für Bismarck" bemächtigen sollten, so werden sie nachher doch kein folgsames Heer bilden. Noch viel weniger würde das der Fall sein mit einer unter der Losung „gegen Bismarck" zusammengebrachten Majorität, diese würde sich schon darum nicht unter einer einheitlichen Führung disciplinirt lassen, weil keine Persönlichkeit für eine solche Führerrolle vorhanden ist. Man braucht es noch nicht für unvermeidlich anzusehen, aber man muß sich darauf gefaßt machen, daß wir nicht einzelnen, auf lange hin entscheidenden Wahlschlacht, sondern einer Wiederholung von Wahlkämpfen entgegen gehen. Von dieser Nothwendigkeit würde uns auch die sogenannte parlamentarische Regierung nicht erlösen. Denn zu einer solchen gehört eben eine disciplinirbare Majorität und gehört, daß der Bestand einer solchen Majorität auf sehr viel länger, als auf drei Jahre verbürgt ist. Solche Bürgschaften können sich bei uns nur bilden aus einer umfassenden Verständigung der Mittelparteien mit dem Kanzler, weil nur der Kanzler den Blick für das Nothwendige haben. Jede extreme Partei, deren sich der Kanzler bedienen könnte, würde ihm bald unerträglich. Unerträglicher ist aber den Mittelparteien der Kanzler. Ohne denselben beherrschen sie weder die Wähler, und noch viel weniger sind sie im Stande, eine kühne und productive Politik zu finden und durchzuführen, wie ihrer das nach außen von unsicheren Elementen umfangte, nach innen nur halb vollendete Reich bedarf. Ob aber diese Verständigung, auf die Alles hinweist, nach der Alles drängt, schon bis zu den nächsten Wahlen gelingen wird, das ist eben die jetzige Frage unserer inneren Politik.

Wir erkennen in dieser Kundgebung einen ehrlichen Verständigungsversuch und wollen der Hoffnung leben, daß damit regierungsseitig das Signal zum Sammeln der versprengten Schaaren gegeben ist.

Fürst Bismarck hat anläßlich des Hinscheidens von Lord Beaconsfield an dessen vertrautesten Freund Lord Rowton (Montagu Corry) ein in wärmsten Ausdrücken abgefaßtes Beileids-Telegramm gesandt. In demselben bemerkt, wie die „Engl. Corr." mittheilt, der Reichskanzler, daß durch das Hinscheiden Lord Beaconsfield's nicht allein die englische Nation, sondern das ganze Festland einen großen Verlust erlitten habe.

Berliner Blätter berichten, daß gegen Herrn Commissionsrath Pindter, den Chefredacteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", Anklage wegen Beleidigung des Amtsgerichts Berlin I erhoben worden ist. Man entsinnt sich noch, daß nach einer Rede des Fürsten Bismarck, der sich über den Richterstand sehr abfällig ausgesprochen hatte, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die Gelegenheit benutzte, um wegen einer ihr zu milde erscheinenden Beurtheilung des Scharfrichters Krauts wegen Schutzmannsbeleidigung die Richter der Parteilichkeit und der Voreingenommenheit gegen Schutzleute als Repräsentanten der Staatsgewalt zu zeihen. Wegen des betreffenden Artikels ist nunmehr, wie der „Berliner Börsen-Courier" erfährt, auf den Strafantrag des Präsidenten des Amtsgerichts Anklage erhoben worden.

Ueber die Zollanschlußverhandlungen mit Hamburg und Bremen lauten nun die Nachrichten etwas übereinstimmender, daß hinsichtlich Hamburgs ein Abkommen zwischen Senat und Reichsregierung getroffen worden ist, scheint festzustehen, nur die Modalitäten sind nicht bekannt. Die Einen berichten von einer großen Entschädigungssumme und baldigem Anschluß, die Anderen von einer Dauer des jetzigen Zustandes noch während sechs Jahren. Das Letztere dürfte wohl nicht sehr wahrscheinlich sein; denn wenn man bedenkt, wie schnell jetzt plötzlich die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wie schnell sich auch die Hamburger Bürgerschaft gefügt zu haben scheint, so ist eine längere Hinausschiebung als bis Ende 1883, bis zu welchem Datum wohl alle nöthigen Baulichkeiten fertigzustellen sind, nicht zu gewärtigen. Die Zollgrenztrennungsarbeiten zwischen Hamburg und Altona sind eingestellt worden.

Der Reichstag wird gleich nach der am nächsten Dienstag bevorstehenden Wiedereröffnung der Sitzungen eine Abstimmung vorzunehmen haben, nämlich über das Küstenfrachtfahrtgesetz, das schon zwei Mal zur Constatirung der Beschlußunfähigkeit des Hauses Anlaß gegeben hat. Es wäre in hohem Grade zu wünschen, daß sich ähnliche Störungen nicht wiederholen. Der Reichstag wird seine Zeit wohl zu Rathe halten müssen, wenn er die umfangreichen Geschäfte, die ihm noch obliegen, vor Pfingsten erledigen will. Der Schwerpunct der Arbeiten wird zunächst in den Commissionen, ganz besonders der Unfallgesetz-Commission liegen, die unverzüglich in ihre Arbeiten eintreten wird. Aber auch für das Plenum ist Arbeitsstoff genug vorhanden und eine längere Vertagung der Plenarsitzungen wird nicht einzutreten brauchen.

In der liberalen Wählerversammlung, welche am 21. d. M. in Halle zur Entgegennahme eines Rechenschaftsberichts des Abg. Boretius stattgefunden, wurde auch die Secession aus der nationalliberalen Partei einer Besprechung unterzogen. Herr Dr. Richter glaubte die Secession auf das Verhalten der nationalliberalen Partei gegenüber dem neuesten Kirchengesetz zurückführen zu sollen und empfahl eine Wahl im secessionistischen Sinne, da ja diese Partei die Einigung aller liberalen Elemente erstrebe. Diesen Ausführungen entgegnete sehr treffend der Landtagsabg. Justizrath Fiedler, indem er darauf hinwies, daß die Begründung, welche der Vorredner für die Bestrebungen der Secessionisten gewählt habe, nicht wohl eine glückliche zu nennen sei. „Wenn auch die Verstimmung, welche die Spaltung der nationalliberalen Partei in der vorjährigen Session des Landtages bei der Beschlußnahme über die Revision der Maigesetze hervorgerufen habe, eine Veranlassung zur Secession mit gewesen sei, so habe doch gerade in der letzten Session sich gezeigt, daß während die Nationalliberalen gegen den Windthorst'schen Antrag, der, eben so wie im Vorjahre, eine Aufhebung eines Theils der Maigesetze beabsichtigte, geschlossen stimmten, Einer der mit am meisten für die Secession wirkenden Herren, von Helldorff-Bauerswalde, für den Antrag Windthorst gesprochen, und auch, und mit ihm eine Reihe von Mitgliedern der Fortschrittspartei gestimmt hätte. Wenn nun aber von einer Einigung der liberalen Partei die Rede sei, die durch die Secessionen befördert werden solle, so sei Das schwer verständlich. Man einige sich doch nicht, indem man sich trenne, und man stärke doch nicht die liberale Sache dadurch, daß man die in der Zahl ihrer Mitglieder so starke und durch ihre Stärke einen erheblichen Einfluß auf die Abstimmungen des Reichstags sowohl wie des Abgeordnetenhauses ausübende nationalliberale Partei spalte.

Am heutigen Tage findet die Feier des 50jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Hoheit des Herzogs von Braunschweig statt. Herzog Wilhelm wurde geboren am 25. April 1806 und übernahm die anfangs mit Vollmacht seines Bruders, nachher mit Zustimmung seines Oheims, des Königs Wilhelm IV. von Großbritannien, und auf Ersuchen des deutschen Bundes provisorisch geführte Regierung definitiv am 20. April 1831 in Folge der von den Agnaten des Hauses getroffenen Feststellung der Regierungsverhältnisse.

Aus Wien wird uns vom 22. d. geschrieben: Wie seit heute Morgen verlautet, soll im Laufe der nächsten Tage die Ernennung des bisherigen Leiters unseres Justizministerium, Dr. Prazak, zum Justizminister bevorstehen. In den tschechisch-föderalistischen Kreisen herrscht über diese Nachricht große Befriedigung.

In Mähren rühren sich die Slaven mehr als jemals. Kaum haben die Czechen in Böhmen ihre Universität erhalten, so verlangen auch die Czechen in Mähren die Slavisirung der Schulen. Auch eine Massenpetition um Einführung der czechischen Sprache im inneren Verkehr der mährischen Bezirks- und Kreisgerichte wird vorbereitet. Es wird geradezu verlangt, daß in Zukunft in Mähren kein politischer und Gerichtsbeamter ohne die Kenntniß der czechischen Sprache angestellt werde. Wie die Dinge liegen und sich weiter entwickeln, dürfte auch diesem Verlangen höchst wahrscheinlich entsprochen werden.

Aus Lemberg wird von einer „polnisch-patriotischen" Festlichkeit berichtet, deren Gegenstand der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, Dr. Smolka, gewesen, welcher in Lemberg als „Pole" gilt, wiewohl er von einem in Galizien eingewanderten Czechen stammt. Die Lemberger Advocatenkammer gab Herrn Smolka ein Festessen, bei dem, wie es heißt, noch mehr getrunken als gegessen worden. Der galizische Landtagsabgeordnete Dr. Madeyski ließ einen langen polnischen Speech vom Stapel und pries die „patriotischen Tugenden" des „polnischen Freiheitshelden" und Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses. Der Redner wies unter Anderm darauf hin, Smolka habe seine gegenwärtige Ehrenstellung, welche sowohl für das Reich als auch speciell für Galizien von Wichtigkeit sei, namentlich der Stabilität seiner Gesinnungen zu verdanken (?), die sich von Opportunitätsströmungen niemals beeinflussen ließen. Smolka erwiderte, die Stellung der Polen sei nun im Reichsrathe eine gesicherte und die gegenwärtige Majorität des Abgeordnetenhauses werde ihre Stellung und ihren Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung zu behaupten wissen.

Wie aus St. Petersburg gemeldet wird, ist es von allen Veränderungen in den höchsten Stellen durchaus still geworden. Herr v. Saburow, der in Berlin persona grata ist, wird dort verbleiben; Derselbe führt die lebhaft betriebenen Verhandlungen mit dem Fürsten Bismarck über Maßregeln gegen die Nihilisten im Auslande. Das Regierungs-Programm des Kaisers Alexander III. scheint im Sinne entschiedenster Bekämpfung der revolutionären Partei im Inland und Ausland festgestellt. Nachrichten auswärtiger Blätter über die Absicht des Kaisers zur Ertheilung einer Verfassung werden in Petersburg entschieden zurückgewiesen. Der Kaiser beabsichtigt, die von seinem Vater geplanten Reformen in das Leben zu führen und diese zum Maßstab seines Handelns zu machen. Ersparungen, klösterliche und Finanz-Reformen, Reduction von Heer und Flotte, Toleranz-Edict, Provinzialräthe, Purificirung des Beamtenthums sollen eingeführt werden, sobald die eingetretene Beruhigung diese Schritte als nicht erzwungen erscheinen lasse. Der Kaiser wird zunächst in Gatschina verbleiben; die leitenden Personen erklären ihr Vertrauen, mit den revolutionären Elementen im Wege der Repression fertig zu werden unter voller Aufrechterhaltung kaiserlicher Autorität und Erfüllung berechtigter Volkswünsche. Revolutionäre Bewegungen werden nicht gefürchtet.

Nichts Neues aus Afrika! Die Telegramme und Nachrichten über Tunis sind so gut wie Null. Die Ungeduld des französischen Publicums wird dadurch nur gesteigert und die Presse protestirt mehrfach gegen die drakonische Strenge, welcher Correspondenten auf dem Kriegsschauplatz unterworfen sind und die sie am schneller und unbefangener Berichterstattung verhindert. Der Text der Protestnote des Bey an die Consuln bestätigt das darüber bereits Gemeldete. Der Bey hebt in drohendem und hochmüthigem Tone jede Verantwortlichkeit für alle unmittelbaren Gefahren ab, welche Europäer in Tunis laufen könnten, sowie die französischen Truppen das Gebiet der Regentschaft beträten. Der französische Consul Roustan hat Briefe mit Todesdrohungen empfangen, an der Pariser Börse waren sogar Gerüchte von seiner Ermordung verbreitet. Alles Dies macht die Erregung und ein gewisses Unbehagen in Paris wachsen, indem man immer mehr die Nothwendigkeit einer Expedition nach Tunis selbst und damit ernstere Verwickelungen anderer Art befürchtet.